

Rede des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der AfD-Fraktion in der Lübecker Bürgerschaft, Markus Stappen anlässlich der Haushaltsberatungen am 28.09.2023

Es gilt das gesprochene Wort!

„Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Bürgerschaftsmitglieder, sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne, am Radio und beim Livestream,

dies ist für die neue Mannschaft der AfD Fraktion in dieser Legislaturperiode die erste Haushaltssitzung und wir möchten uns vorab bei dem Kämmerer Herrn Uhlig und seinem Team für die geleistete Arbeit bedanken. Sie haben einen Haushalt gestrickt mit den Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln und wir wissen leider nur zu genau, die Hansestadt hat leider keinen Goldesel im Rathauskeller, der munter Goldstücke produziert, über den der Haushalt verfügen kann wie es ihm gefällt. Wirklich beeindruckend.

Und ich muss sagen, es liegt nicht an Ihnen Herr Uhlig, dass wir von der AfD mit diesem Haushalt nicht einverstanden sind.

Wir entscheiden heute über Ausgaben in zehnstelliger Höhe und es sollte für uns alle im Vordergrund stehen, dass dieses Geld zum Wohle der Bürger und unserer Stadt ausgegeben wird.

Erschreckend dabei ist und bleibt, dass hier in diesen Haushalt eine ideologiegetriebene Politik einfließt, die uns Glauben macht, dass wir von Lübeck aus unser Weltklima retten werden, wenn der CO2 Ausstoß reduziert wird.

Wir wenden Millionen von Euro für Klimaschutzmaßnahmen auf, um unter anderem den CO2-Ausstoß in Lübeck auf 1,275 Millionen Tonnen im Jahr 2024 zu reduzieren. Das klingt gigantisch, ist aber einfach populistisch und letztlich eine Maßnahme, die im Vergleich verpufft.

Das angestrebte Ziel für das Jahr 2024 ist die Menge an CO2, die in China in einer einzigen Stunde ausgestoßen wird... 1,285 Mio t. Das was die Hansestadt Lübeck also einsparen möchte, stößt China in 3 min. aus. Während meiner Rede wird dort somit mehr als das doppelte an CO2 produziert.

Mit Verlaub, was hier zur „Weltrettung“ dienen soll, ist weniger als ein „Vogelschiss“. Wachen sie endlich auf!

Für die AfD Fraktion steht der Umweltschutz im Vordergrund, der auch für unsere Kommune von hoher Bedeutung sein muss.

Es zieht sich leider wie ein roter Faden durch die Bürgerschaft und den kommunalen Haushalt der vergangenen Jahre. Wen wollen Sie denn damit beeindrucken? Die junge Wählerschar, die willfährig an Ihren Lippen hängt, oder sollten wir lieber sagen umgekehrt, und gleichzeitig fordert und fordert, ohne Kenntnis darüber, dass Alles Geld kostet. Die Bürger unserer Stadt haben andere Probleme und wären mit Sicherheit eine Sorge los, wenn ein Großteil dieser Mittel in den sozialen Wohnungsbau fließen würde.

Der Wohnungsmarktbericht schreibt uns allen ins Buch, dass bis zum Jahr 2040, nach Möglichkeit sogar bis 2030, etwa 6.500 neue Wohneinheiten geschaffen werden sollen, also jährlich mindestens 325 zusätzliche Wohneinheiten.

Das ist erfreulich, aber ob es in unserer wachsenden Stadt ausreichend ist, dies wagen wir zu bezweifeln. Die Frage dabei ist unter anderem, ist dies auch wirklich bezahlbarer Wohnraum?

Die Bürger Lübecks werden erdrückt von immer höheren Kosten, die im kommenden Jahr nicht weniger werden. Schauen Sie diesen Menschen in die Augen und erklären Sie ihnen, warum es sinnvoller ist, die Reduzierung von CO2 Emissionen mit Millionen von Euro zu fördern, anstatt dieses Geld in Projekte für diese Menschen zu stecken.

Und die Frage darf auch erlaubt sein, ob es überhaupt umgesetzt werden kann, jährlich 325 zusätzliche Wohneinheiten zu schaffen.

Aufmerksame Leser konnten in den Lübecker Nachrichten verfolgen, dass die Vonovia, die 98 Wohnungen in Lübeck abreißen und neu erstellen will, dieses Bauprojekt gestoppt hat. Die zu erwartenden Kosten würden die Mietpreise in die Höhe treiben, die sich dann nur noch die Wenigsten leisten können.

Die Trave Grundstücksgesellschaft baut zwar aktuell noch 200 neue Wohnungen, aber dies nur, weil die Fördergelder noch geflossen sind. Der Geschäftsführer wagt keine Prognose, ob in den kommenden Jahren weitere Bauprojekte realisiert werden können.

Und ich komme zu einem weiteren Thema, auf das Sie mit Sicherheit schon alle gewartet haben.

Erfreut hat uns dieser Tage, dass sich auch unser Bürgermeister dazu entschlossen hatte, den Brandbrief der Kommunen an die Integrationsministerin Touré mitzuzeichnen.

Es ist keine Frage, dass Menschen, die wirklich in Not geraten sind, die wirklich vor Krieg und Verfolgung fliehen, geholfen werden muss. Die Zahl der Menschen, die zu uns kommen, steigt stetig.

Wir vermissen hier auch ein noch klareres Statement aus Lübeck.

In diesem Jahr hat die Hansestadt Lübeck bisher hochgerechnet 750 Geflüchtete aufgenommen. Erfahrungsgemäß kommen ab Herbst mehr Flüchtlinge, so dass wir von deutlich mehr als 1.200 Menschen ausgehen können im Jahr 2023.

Kommen wir wieder zurück zu der Wohnungssituation in Lübeck. Vor diesem Hintergrund wachsen im kommenden Jahr und den darauffolgenden Jahren die Bedarfe an Wohnungen. Da werden 6.500 Wohneinheiten bei Weitem nicht ausreichen. Hier werden mind. 12.000 neue Wohneinheiten benötigt! Also mind. 625 im Jahr. Und das Ganze vor dem Hintergrund, dass mit der anhaltenden Kostenexplosion dieses Ziel nicht erreichbar sein wird.

Wir benötigen Geld, damit der Unmut in der Bevölkerung nicht eskaliert und der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Akzeptanz für die Aufnahme von Geflüchteten nicht schwinden. Wir haben unser Limit überschritten.

Wir vermissen, dass in diesem hohen Haus endlich ein Lernprozess einsetzt, denn die vergangenen Jahre haben uns doch wohl allen gezeigt, dass es immer wieder zu neuen, ich nenne es einfach mal Katastrophen kommt, die sich auch auf das Budget des kommunalen Haushaltes auswirken.

Wir würden gern mehr für die Bürgerinnen und Bürger der Hansestadt Lübeck rausholen, mehr dafür machen, dass es eine noch lebenswertere Stadt wird, für alte und junge Menschen, Familien, Bedürftige und auch Menschen, denen es gut geht.

Stand jetzt können wir uns als Kommune viele Dinge nicht leisten, aber seien Sie sich gewiss, wir als AfD werden in den kommenden Monaten daran arbeiten, dass Möglichkeiten gefunden werden, diesen Zustand zu verbessern und wir sind gespannt, ob es Ihnen auch wichtig sein wird, ohne Parteibuch nur auf die Menschen hier zu schauen.

Fangen sie endlich an, Politik für die Menschen in dieser Stadt zu machen! Herzlichen Dank!